

**Fraktionsvorlage**

Vorlage-Nr.: **2346-2008/DaDi** vom 01.10.2008

Aktenzeichen: 519-002

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP  
Walter Busch Hübenbecker  
Werner Bischoff

Beteiligungen:

Kostenstelle: **KKH Eigenbetrieb "Kreiskliniken"**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Faire Krankenhausfinanzierung in öffentlicher Hand  
Antrag Die Linke/DKP**

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag Da/Di stimmt u.a. Resolution zu :

Der Kreistag Darmstadt/Dieburg unterstützt die Forderung nach einer fairen Krankenhausfinanzierung in öffentlicher Hand.

## **Begründung:**

Hierzu gehört die Rücknahme der Budgetdeckung der Krankenhäuser . Trotz steigender Ausgaben sind deren Budgets in 2007 um 0,2 % gekürzt worden. Diese Budgetdeckung bewirkt schon seit 1993, dass die Finanzierung der Krankenhäuser an eine Grundlohnerhöhung gekoppelt ist. Dieser Umstand führt schon 15 Jahre dazu, dass die Krankenhäuser massiv unterfinanziert sind. Eine Folge des Kaputtsparens ist die Teil- oder Vollprivatisierung, die Änderung der Rechtsform. Gleichzeitig forderte der Kreistag Da /Di, dass der Sanierungsbeitrag der Krankenhäuser an die Krankenkassen sofort entfällt.

Der Kreistag stimmt zu, dass nicht die Krankenhausbeschäftigten, sondern die völlig verfehlte Krankenhausfinanzierung die Ursache für die finanzielle und personelle Misere der Kreiskrankenhäuser in GroßUmstadt und Seeheim Jugendheim ist. Die kürzlich beschlossene Soforthilfe von 3,2 Mil. € reicht hinten und vorne nicht aus. 15 Jahre Budgetdeckung haben Arbeitsverdichtung, Überstunden und Mehrarbeit für die Beschäftigten geführt.

Der Kreistag fordert den Landrat auf umgehende Gespräche mit den Geschäftsführern der Kreiskrankenhäuser, den Personalräten und den zuständigen Ministerien in Land und Bund zu koordinieren, um auf die unhaltbare finanzielle Ausstattung beider Häuser aufmerksam zu machen. Hierbei ist abzustimmen, ob angrenzende Krankenhäuser mit ihren Geschäftsführungen und Personalräten sich an dieser Aktion beteiligen möchten.